



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
HEIDELBERG

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 14 (1986)

DOI: 10.11588/fr.1986.0.52982

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

l'œuvre des Français ni leurs efforts pour rapprocher la Sarre de la France. Les conditions faites à l'enseignement de la langue française (rappelons que la Sarre ne suivit pas l'Accord entre Länder de Düsseldorf, qui réduisit en 1955 la place faite au français dans l'enseignement allemand) ou le Statut de l'Université de Sarrebrück en apportent la preuve.

Marliese et Georges CUER, Lyon

Jean-Paul CAHN, *Le Second Retour. Le rattachement de la Sarre à l'Allemagne 1955–1957*, Bern–Frankfurt/M.–New York (Peter Lang) 1985, VII-319 S. (Collection Contacts, Série 2: Gallo-Germanica, 1).

Es sei eine Heimkehr ohne Illusionen, berichtete die *Bunte Illustrierte* im Januar 1957. Am 23. Oktober 1955 hatte eine Mehrheit der Saarbewohner das ihr zum Votum vorgelegte Statut abgelehnt, das politische Autonomie unter dem Schutz der Westeuropäischen Union vorgesehen hatte. Die Entscheidung kam unvorbereitet und löste in den beteiligten Hauptstädten hektische Aktivität aus. Noch am Abend trat Ministerpräsident Hoffmann von seinem Amt zurück. Bundeskanzler Adenauer richtete an seinen französischen Kollegen ein Telegramm, in dem er versicherte, daß das Ergebnis des Referendums die gutnachbarschaftlichen Beziehungen für die Zukunft nicht trüben solle; und Edgar Faure antwortete, daß die neuentstandenen Schwierigkeiten den Willen zur Zusammenarbeit nicht entmutigen mögen. Eineinviertel Jahr später gehörte das Saarland politisch zur Bundesrepublik Deutschland. Die Feiern zum 1. Januar 1957, dem Tag der Rückgliederung, verliefen eher gedämpft, und im Bundesgebiet nahm man es geradezu als ein selbstverständliches Ereignis zur Kenntnis. Die eigentliche Rückgliederung sollte jetzt erst beginnen, mit all ihren Schwierigkeiten, aber auch Chancen, die sie für das Saarland in sich barg. Doch an dieser Stelle bricht Jean-Paul Cahns Darstellung ab. Sein Anliegen ist nicht strukturgeschichtlicher Art. Was ihn interessiert, ist die Lösung des Saarkonflikts im Sinne moderner politikgeschichtlicher Betrachtungsweise. Als Quellenmaterial dient ihm die zeitgenössische Presse, denn noch sind die Archive gesperrt. Gewiß, eine problematische Herangehensweise, aber er ist sich dessen bewußt und weiß wohl abzuwägen.

Was erfahren wir gegenüber älteren Arbeiten Neues, etwa den Studien von J. Freymond, W. R. Craddock, R.-H. Schmidt oder Per Fischer? Manches ist bekannt, aber auch dann noch weiß der Autor durch seine präzise, vorsichtige, klare, knappe Argumentation zu überzeugen. Er gliedert die Darstellung in zwei Teile. Im ersten schildert er die Saarverhandlungen in ihrem zeitlichen Verlauf. Die Heimatbundparteien, also jene politischen Gruppierungen, die sich für die Rückgliederung nach Deutschland eingesetzt hatten, stellten seit dem Januar 1956 die Saarbrücker Regierung. Sie wünschten, an den deutsch-französischen Gesprächen beteiligt zu werden. Sie mißtrauten Paris, aber ebensowenig wollten sie Bonn freie Hand lassen, denn hatte nicht Adenauer dem Saarstatut von 1954 zugestimmt? Das Verlangen blieb unerfüllt. Die deutsche Diplomatie hatte kein Interesse, die Verhandlungen unnötig zu belasten, indem sie jene Politiker in die Delegation aufnahm, die durch ihren übertriebenen Nationalismus manche Schlagzeilen in der internationalen Presse provoziert hatten. Man hätte Einfluß ausüben können, wenn es eine einheitliche Willensäußerung gegeben hätte. Aber die Spannungen innerhalb des Heimatbundes waren unübersehbar und die Forderungen der Interessengruppen häufig widersprüchlich. Die Verhandlungen waren schwierig genug. Nicht selten stockten die Expertengespräche und kamen erst nach politischen Grundsatzentscheidungen wieder in Gang. Es ging um schwierige technische Fragen, um die Dauer der wirtschaftlichen Übergangszeit, um die Höhe der zollfreien Einfuhrkontingente, um den Wechselkurs zwischen Franc und DM. Insofern gehörten die Verhandlungen zum Typus moderner Diplomatie, wie sie Westeuropa seit Ende des 2. Weltkrieges als Zeichen zunehmen-

der Zusammenarbeit kennt. Als Adenauer und Mollet sich am 29. September in der Währungsfrage einigten, waren die Voraussetzungen für die Luxemburger Abkommen vom 27. Oktober 1956 geschaffen. Danach wechselte der Schauplatz. Im Mittelpunkt standen Saarbrücken und Bonn. Die politische und rechtliche Angleichung bereitete keine Schwierigkeiten, die sozialen und wirtschaftlichen Probleme standen ganz im Vordergrund. Die Heimatbundparteien hatten im Oktober 1955 versprochen, daß die Rückkehr nach Deutschland sich nicht ungünstig auf das Sozialleistungsniveau und den hohen saarländischen Lebensstandard auswirken würde. Bonn konnte in dieser Frage aber nicht nachgeben, denn es hätte bedeutet, das gesamte soziale System zu ändern. Man war bereit, die saarländische Wirtschaft zu unterstützen, schon aus unmittelbarem Eigeninteresse, doch auch dies nur solange das Saarland nicht einseitig bevorteilt sein würde. Ende Dezember brach die Koalition der Heimatbundparteien auseinander. Die DPS hatte gefordert, nur dann die Beitrittserklärung zum Grundgesetz zu verabschieden, wenn Bonn ausreichende Garantien für das soziale und wirtschaftliche Wohlergehen gebe. Die Forderung sah man nicht erfüllt. Und so enthielt sich die Partei Heinrich Schneiders, die sich so energisch für die Rückgliederung eingesetzt hatte, der Stimme. Am 1. Januar 1957 wurde das Saarland in eine ungewisse Zukunft entlassen.

Im zweiten Teil wendet sich der Autor den beiden zentralen Streitpunkten zu, die die Verhandlungen so schwierig machten, der Warndtfrage und der französischen Forderung nach einer Kanalisierung der Mosel. Die Verhandlungsmarge der Regierung Mollet war gering, denn es ging nicht nur um wirtschaftliche Vorteile als Gegenleistung für den politischen Verzicht auf die Saar, sondern auch darum, einen weiteren Prestigeverlust zu verhindern. Die Bundesregierung trug dieser Konstellation Rechnung, indem sie den französischen Forderungen scheinbar nachgab, aber die konkreten wirtschaftlichen Belastungen möglichst gering hielt. Hinsichtlich der Warndtkohle entsprach die gefundene Lösung dem französischen Bedarf nach einer ausreichenden Energieversorgung. Weniger zufriedenstellend war die Regelung für Lothringen, das in wenigen Jahren den Abbau der Kohlefelder im Grenzgebiet erheblich verringern mußte.

Am interessantesten ist jener Teil der Studie, in welchem der Vf. die Frage der Moselkanalisierung behandelt. Man gewinnt Einblick in das Verhandlungsklima, taktische Schachzüge werden erkennbar, das Einwirken widerstreitender Interessengruppen zeigt, welche Bedeutung dem Projekt damals zugemessen wurde. Frankreich setzte die Moselkanalisierung schließlich durch, aber es mußte einen erheblichen Teil der Kosten tragen. Den größten Nutzen zog Luxemburg, das, während der Endphase in die Verhandlungen einbezogen, die Position der an den deutsch-französischen Abmachungen Unbeteiligten geschickt ausspielte und sich großzügig für die geltend gemachten wirtschaftlichen Nachteile durch den Kanalbau entschädigen ließ.

Jean-Paul Cahn legt mit seiner Darstellung der Lösung des Saarkonflikts in den Monaten zwischen dem Oktober 1955 und dem Januar 1957 eine grundsolide, klar gegliederte Untersuchung des zeitgenössischen Pressematerials vor. Es wird interessant sein, die gewonnenen Erkenntnisse später einmal mit dem Archivmaterial zu vergleichen. Dann nämlich wird sich festhalten lassen, welchen Quellenwert die Presse für die diplomatiegeschichtliche Zeitgeschichtsforschung besitzt. Einzig wesentlicher Kritikpunkt gegenüber einer ansonsten überzeugenden Arbeit – sieht man einmal davon ab, daß der Vf. aus drucktechnischen Gründen auf einen ausführlichen Anmerkungsapparat verzichten mußte – scheint mir, daß der Autor nicht den Versuch unternimmt, seine Studie in eine stärker theorieorientierte Fragestellung einzubetten, vergleichbar der Untersuchung Jacques Freymonds zum selben Thema.

Armin HEINEN, Saarbrücken